

# Märzburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

**Bezugspreis** für Post und Stadt freibleibend, Ostpreußen halbjährl. 1.10. Postbez. monatl. Nachforderung vorbehalten. Erhöht wöchentlich nachmittags. Einzelnummer 15 Ofg., Sonntags 25 Ofg., Postfachkonto: 2111 Leipzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Pöhlertstraße 4; Zweigstelle Gothastraße 38. Für unerledigte Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg. Im Falle d. G. (Streit u. u. besteht k. Zinsp. a. Liefer. od. Rückg. u. u.)



**Anzeigenpreis** Für den achtgepalteten Millimeterraum 8 Goldpfennige; im Reklameteil 32 Goldpf. für 500malige und Nachleistungen 21 Goldpf. Aufschlag. — Bei Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgeblich. — Familienanzeigen ermäßigt. — Platzgebühr ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet. — Schluss der Anzeigen-Aufnahme 10 Uhr vorm. — Fernsprecher 100

Nr. 44 Donnerstag, den 21. Februar 1924 164. Jahrgang

## Gibt Frankreich nach?

### Poincaré unter englisch-amerikanischen Druck.

Paris, 20. Februar. Unter dem Druck der Franko-Alliierten und der englisch-amerikanischen Sachverständigenarbeit vollzieht sich eine langsame Klärung der politischen Atmosphäre in dem Sinne, daß man mit einem gewissen

### Nachgeben Frankreichs

in der Reparations- und Ruhrpolitik beginnt rechnet. Poincaré werde, so spricht man in gut unterrichteten Kreisen, gegen hinreichende Garantien für die französische Sicherheit sich zu Zugeständnissen für die Herbeiführung einer Verständigung verstehen.

Paris, 20. Februar. Nachdem die Besprechungen des ersten Sachverständigenauschusses mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht zu einem vorläufigen Abschluß gelangt waren, hat Poincaré gestern mit Dawes und Young eine längere Unterredung gehabt und sodann mit den französischen Sachverständigen im Besien Parisiens und mehrere Minister eine eingehende Beratung abgehalten. Nach übereinstimmenden Meldungen der hiesigen Presse hat es sich bei dieser Besprechung am Lunet d'Oray augenscheinlich darum gehandelt, die französischen Mitglieder von den Entschlüssen ihrer Regierung zu verständigen.

Son englischer und amerikanischer Seite wird auf Poincaré ein harter Druck ausgeübt, daß er einer wirtschaftlichen Klärung des Ruhrgebietes durch Frankreich und Belgien zustimme und sich auf die militärische Situation zurückziehe. Die hier erscheinenden Ausgaben amerikanischer Blätter wollen wissen, daß der Schlußbericht der Sachverständigen bereits abgefaßt worden und die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands über das Ruhrgebiet sowie eine rein geistliche Lösung des Reparationsproblems vorläge.

Chicago Tribune' besagt jetzt, daß

### Poincaré grundsätzliche Zustimmung (?)

zu diesen Forderungen bereits vorliegt. Ob Poincaré sich angelegentlich der über Frankreich heringehobenen schweren Währungsfrage in der Tat zu einem solchen Rückzug entschließen hat, bleibt abzuwarten. Wörtlich man jedoch einen Blick auf die heutigen Morgenblätter, so erscheint es durchaus nicht ausgeschlossen, daß der bisher so unerschütterlich hartnäckige Ministerpräsident sich endlich zu dieser längst notwendigen Entscheidung durchgerungen hat.

Tardieu, Poincarés unerschütterlicher Gegner, spricht heute früh im 'Echo National' bereits von der bevorstehenden Kapitulation Poincarés in der Ruhrfrage.

Nur um das Gesicht zu wahren, würde auf Antrag der französischen Sachverständigen der Bericht des Dawes-Kommissars die Aufrechterhaltung der französisch-belgischen Militärkontrolle im Ruhrgebiet empfehlen. Das ändert aber nichts an dem

### Bankrott der Ruhrpolitik Poincarés.

Mit besonderer Bosheit wirt Tardieu dann seinem Gegner vor, daß er nicht mehr derselbe ist wie früher, seitdem Poincaré englischer Premierminister geworden. Jetzt ist Poincaré bereit, alle Willen zu sich zu nehmen. Die Falschheit sei bereits verdammt, andere Willen würden folgen. Die ständig wiederkehrende Formel der Poincaréschen Reichsreden: Klärung der Ruhr nur gegen Zahlung sei bedeutend abgeändert worden, denn man wolle sich jetzt mit bloßen Zahlungsversprechungen zufriedene geben.

### Poincaré droht im Senat mit seinem Rücktritt.

Paris, 21. Februar. Poincaré hat gestern im Senat anlässlich der Debatte über die Wahlreform das Wort zu einer längeren Rede ergriffen, in der er sich gegen die Wiedereröffnung des Reichsfinanzgesetzes wandte. Der Ministerpräsident meinte, daß das gegenwärtige Wahlgesetz bis zu einem gewissen Grade die Rechte der Minoritäten wahrnehme. Poincaré gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Senat auf den verständlichen Geist der Kammer und der Anhänger des Verhältnismäßigkeitsgesetzes zu antworten verstanden werde. Sollte der Senat über den Anregungen seiner Kommission Folge leisten und die Wiedereröffnung des Reichsfinanzgesetzes beschließen, so würde Poincaré seine Demission geben.

### Der Frankfurter.

Paris, 21. Februar. Bei Börsenspielen stand das Pfund auf 103,70, der Dollar auf 24,08 Pfund.

### Unterjudung gegen Pariser Großbanken.

Paris, 20. Februar. Anfolge eines an den Unterjudungsrichter gelangenen Anzeiges betreffend die Ausfuhr von Kapitalen ist eine Unterjudung gegen Unbekannt eingeleitet. In der Anzeige werden zahlreiche Banken und Kreditinstitute genannt.

### Wie England sich den militärischen Kontrollabbau denkt.

London, 20. Februar. 'Daily Telegraph' meldet: In englischen Regierungskreisen habe man die Ansicht, den Abbau der Militärkontrollkommission in Deutschland in zwei Etappen vorzunehmen. Zuerst müsse die jetzt noch vorhandene große Militärkontrollkommission mit ihrem vollständigen Apparat durch eine kleine technische Kommission ersetzt werden, die die Aufgabe habe, die Vollendung der Abrüstung Deutschlands insbes. auf die besonderen Waffenkategorien der Artillerie, Flugzeuge und Giftgasfabriken festzustellen. Sade diese kleine technische Kommission, deren Kosten von den Alliierten bezahlt werden müßten, deren Aufgabe erfüllt, so ist es möglich, gleichzeitig mit Deutschlands Eintritt in den Völkerbund die Kontrolle über die deutschen Abrüstung und über die Entmilitarisierung des Rheinlandes den Inspektoren des Völkerbundes zu übertragen.

## Sofortige Durchführung der Goldnotenbank.

Paris, 21. Februar. Reichsbankpräsident Dr. Schacht tritt Mittwoch abend feierlich Abschied nach Berlin ab. Dr. Schacht hat gestern nicht mehr mit den Sachverständigen verhandelt. Von unterrichteter Seite wird berichtet, daß die sofortige Schaffung der von Dr. Schacht vorgeschlagenen Goldnotenbank nach dem Verlauf der Pariser Verhandlungen des Reichsbankpräsidenten gesichert ist.

### Die Sachverständigen an der Arbeit.

Paris, 20. Februar. Im Hotel Aloria hielten die Sachverständigen der beiden Ausschüsse heute eine Reihe wichtiger aufeinanderfolgender Sitzungen ab. Das Komitee Dawes ist am Vormittag um 10<sup>1/2</sup> Uhr zu einer einstündigen Besprechung zusammengetreten, in der es allgemeine Situation geprüft und ein Vorschlag auf die bereits erzielten Resultate gegeben wurde. Das Komitee hat zu den Schlussfolgerungen seines Untersuchungsberichtes die Frage des deutschen Budgets noch keine Stellung genommen. Der Auswahlerwartung hat sich in einer dreistündigen Sitzung von neuem mit der Frage der deutschen Auslandsabgaben beschäftigt. Der allgemeine Eindruck geht dahin, daß die Sachverständigen, zumal auf Drängen der französischen Delegierten, ihre Arbeit zu einem raschen Ergebnis bringen wollen. Die Angabe eines amerikanischen Blattes, wonach der Schlußbericht des Komitees Dawes vor dem 5. März der Reparationskommission unterbreitet werden könne, dürfte zutreffen.

### Fortdauer der französischen Radreaktion gegen die Pfänder.

Birmansens, 21. Februar. Die Repressalien der französischen Weltanschauung gegen diejenigen Pfänder, die von ihr befehligt werden, an der Vertreibung der Separatisten beteiligt gewesen zu sein, dauert immer noch fort. Der französische Plankommandant von Birmansens Pincus erklärte eine Bekanntmachung, in der in Ausführung eines Befehls des Kommandierenden Generals der 41. Infanterie-Division zur Kenntnis gebracht wird, daß zur Verhinderung irgendwelcher Verleumdungen eine Liste von 100 Gesellen aus allen Bevölkerungsklassen aufgestellt wurde.

Diese Gesellen sollten, wenn Altentate vorkommen, sofort durch die Franzosen eingesperrt werden und müssen alle aus dem Verhalten der Bevölkerung sich ergebenden Folgen tragen.

### Die Ausweisungsgesetze.

Duisburg, 21. Februar. Von der Regierungswaltung sind über 40 Eifenbahnbeamte angefordert worden, deren Ausweisung infolge dessen aufgehoben worden ist. Andererseits wurde über elf weitere Duisburger Personen die Ausweisung verfügt. Die Personen, die wegen verbotenen Waffentragens am 31. Januar zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden waren, wurden amnestiert.

### Die Verleumdungen in Birmansens.

Birmansens, 21. Februar. Nach einer Mitteilung der Rheinlandkommission werden über den Bezirk Birmansens folgende Maßnahmen verhängt: Verbot des Verkehrs bei Tag und Nacht von Personen und Kraftwagen, Motor- und Fahrradern, Verbot des Verkehrs von 7 Uhr abends bis 6 Uhr früh, bis auf weiteres Verbot des Glödenläutens in der Stadt Birmansens.

### Die Entlassung der Beamten im besetzten Gebiet.

Düsseldorf, 21. Februar. In einer Anordnung der Besatzungsbehörde wird mitgeteilt, daß die Aufhebung der Ausweisung von Beamten nicht auf die Aufhebung der Amtsentsetzung bedeutet. Wenn ein bestimmter Beamter ein neues Amt oder Weisungsbefehl im besetzten Gebiet erhält, so muß, falls die Besatzungsbehörde nicht sofort die Erlaubnis erteilt, der Beamte neu ernannt werden und seine Ernennung dem Kommandierenden General zur Prüfung vorgelegt werden. Er dürfe sein Amt nicht antreten, bevor nicht die endgültige Erklärung des Generals vorliegt, daß kein Widerspruch erhoben werde.

### Erprekhte Auslagen.

Berlin, 21. Februar. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Bei Erörterung der Palzvorgänge spielen in der französischen Presse die angeblichen deutschen Geheimorganismen eine gewisse Rolle. Hierbei ist festzustellen, daß

## Der Frankfurter.

Der Frank fest seine Sprünge unauffällig fort. Als Poincaré vor zwei Jahren die Leitung der französischen Politik übernahm, kostete das Pfund Sterling fünfzig Frank. Heute müssen mehr als 100 Frank bezahlt werden, wobei wahrscheinlich ist, daß auch das in einigen Tagen nicht mehr reicht. Die französische Kammer tobt, die französische Presse frecht und schimpft. Poincaré läßt erklären, der Frankfurter sei eines der üblichen deutschen Mandate! Als Beweis dafür wird ein Kundschreiben einer Rheinprovinz Bank veröffentlicht, das angeblich in Waffen nach Deutschland gefandt worden sein soll. Das Kundschreiben empfindet den Deutschen, Frank zu verkaufen, um sich später einzudecken, wenn der Frank weiter gekniffen sei. Abgesehen davon, daß Deutschland nicht reich genug ist, um ausländische Börsenmänner in großem Stil zu empfangen, spricht vieles dafür, daß es sich bei dem Kundschreiben um eine falsche Arbeit handelt. Da es sich bei dem Kundschreiben um eine bestimmte ausländische Börse handelt, so ist es nicht zu erwarten, daß die französische Kammer die Marktkursverluste, so hoch vor einigen Tagen, wo sie stark Markterlöse nach Amsterdam legte, was vorübergehend eine Senkung des Marktkurses zur Folge hatte. Der Frankfurter ist in der Hauptsache das Wert Poincarés. Seine Politik hat das Wort Clemenceaus wahr gemacht, daß der Friede nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln sein solle. Frankreich führt noch immer Krieg gegen Deutschland, da das eigentliche Kriegsgiel noch nicht erreicht ist: die Rheingrenze. Es hält 800 000 Mann unter Waffen, von denen ein Viertel am Rhein und an der Ruhr stehen. Frankreich hat seiner Verbündeten im stillen Europa über 100 Milliarden Goldfrank zugekauft, damit sie ihre Währungsvervollständigen. Das muß selbst die Finanzen eines Landes zugrunde richten, das über noch größere Wirtschaftskraft verfügt, als der französische Kaufkraft. Frankreich finanziert seinen Krieg, indem es ununterbrochen innere Anleihen aufnimmt. Dies System macht es möglich, die Notwendigkeit still zu legen, das System macht es möglich, die Notwendigkeit eine bestimmte Grenze hinauszuschieben zu lassen. Tatsächlich hat Frankreich in letzten Jahren auch eine heillose Papiergeldinflation betrieben, ohne durch Gegenmaßnahmen und Sachlieferungen dazu gezwungen zu sein. Im Geld zu bekommen, pumpe die Regierung unablässig hooperzinsige Staatsanleihen in den Verkehr. Die französischen Bauern und Bürger, für die der Sparstumpf noch immer der Hauptaltar ist, haben die Staatsanleihen der Regierung unentgeltlich gekauft. Je mehr davon in Umlauf kamen, desto geringer wurde ihr Ansehen. Das mußte sich notwendig auch im Frankfurter ausdrücken, da erfahrungsgemäß ein Land, das nach Innen und Außen stark verschuldet ist, seine Währung nicht halten kann. Dazu kommt, daß die imperialistische Politik Frankreichs bei den Verbündeten und bei den Neutralen als ständige Kriegsdrohung empfunden wird. Als Poincaré im Mai 1922 den Morgan-Ausflug, der Frankreich sofort Geld auf Wiederherstellungskosten verschaffen sollte, nach Hause schickte, fügte er dem Frankfurter den schwersten Schlag zu, den er bis dahin erlitten hatte. Der Ausbruch hat weder den Kredit Frankreichs noch den des Frank erhöht. Wenn auch die französischen Minister in der Kammer sich weigern, daß die Rheinprovinz besetzt werde, in Wirklichkeit ist es doch so, daß Frankreich mehr Energie dabei verbringt, als es wieder herzubringen kann. Das Verhältnis dürfte noch ungünstiger für Frankreich werden, sobald Deutschland sich weigert, die Besatzungskosten weiter zu zahlen. Frankreich hat das Umlaufgebiet des Frank unter Vertrags- und Rechtsbruch erweitert, wobei es hohe, außerordentlichen Gewinnen aus finanzielle und wirtschaftliche Vorteile anzuehnen. Der Frank wird weiter sinken, woran auch das Ermächtigungsgesetz nichts ändern kann, das Poincaré von der Kammer erpreßt hat. In London hat der Frankfurter deutlich Befriedigung erregt, da die Zerrüttung der französischen Währung den Wettbewerb in absehbarer Zukunft ausschalten muß, den die französische Separatindustrie der englischen Industrie auf allen Märkten macht. Zunächst freilich wird das Gegenteil sichtbar werden, um später einem um so viel schwereren Rückschlag Platz zu machen.

Das es sich um erprekhte Auslagen eines verhassten Beamten handelt. Dieser hat unter schwerem französischen Druck Angaben über angebliche Geheimorganismen gemacht, rufen hat. Zudem werden diese Auslagen noch zu einer neuen Höhe beruigt. Die 'Dawes'-Agentur, daß das neue eingeleitete Regierungskomitee in der Pfalz sich geweiht habe, mit der verfassungsmäßigen deutschen Regierung in nähere Beziehungen zu treten, hat sich als ein glatter Schwindel erwiesen. Vom Regierungspräsidenten Ziehe und Oberregierungsrat Jacob ist eine solche Erklärung weder verlangt noch abgegeben worden.

## Das Wirtschaftsabkommen mit Frankreich in der belgischen Kammer.

Brüssel, 21. Februar. Die Kammer hat gestern nachmittags die Ausdrücke über das Wirtschaftsabkommen mit Frankreich fortgesetzt. Die Beratung sollte die Vertrauensfrage. Vorher hatte es den Anschein, daß sie in der Mehrheit verfehl werden würde. Die Situation scheint

lich gefahren zu ihren Gunsten verändert zu haben. Der Premierminister Chamberlain erklärte nämlich im Laufe der Debatte, daß er die Frage des französisch-belgischen Wirtschaftsabkommens mit sämtlichen kriegsbedingten Problemen, d. h. dem Problem der Lebensmittellieferung, der Gesundheits- und des Reparationspolitik verknüpft.

### Auf die Arbeiterregierung rüft in der Luft.

**London, 20. Februar.** Im Unterhause hat der Staatssekretär für Luftflottenministerium, Beach, erklärt, daß der Ausbau der Luftflotte fortgesetzt werde und zwar in der Weise, wie ihn die letzte Regierung vorgezeichnet habe.

### Die englischen Staatsmaßnahmen.

**London, 20. Februar.** Der Schatzkanzler hat gestern eine Mitteilung veröffentlicht, nach der der englische Staat in der Zeit vom 1. April 1923 bis zum 15. Februar 1924 eine Gesamtsumme von 688 Millionen Pfund Sterling und eine Gesamtsumme von 679 Millionen Pfund Sterling gehabt hat.

# Erhöhung der Beamtengehälter.

Zum 1. April.

Wie verlautet, hat das Reichsfinanzministerium für den 1. April d. J. eine nicht unerhebliche Erhöhung der Beamtengehälter in Aussicht gestellt. Welche die Erhöhung in einzelnen Beträgen sein soll, ist noch nicht fest und hängt von der Gestaltung der Reichseinnahmen in den nächsten Wochen ab.

Daß die jetzigen Gehaltsätze auf die Dauer unrentabel sind, ist sowohl von der Regierung wie von den Reichstagsparteien wiederholt zum Ausdruck gebracht worden. Die Heben der Gehälter für die Beamtengehälter, während die Verbesserung des Verwaltungssystems durchgeführt werden sollte. Nachdem der Beamtenabzug planmäßig vollzogen worden ist, ist es dringend erforderlich, daß die in ihren Stellungen verbleibenden Beamten auch auskömmlich besoldet werden. Es ist anzunehmen, daß der beschriebenen Erhöhung der Gehälter von seiner Seite widersprochen werden wird.

Berlin, 21. Februar. Zu den Nachrichten über eine für den 1. April zu erwartende beträchtliche Erhöhung der Beamtengehälter wird folgendes gemeldet: Der Reichstagsleiter hat bei den Besprechungen am Dienstag mit den Vertretern der Spitzenorganisationen der Beamten bereits zugestimmt, daß eine Erhöhung der Beamtengehälter sobald irgend zugänglich im Rahmen des finanziell Möglichen erfolgen soll.

### Die Reichsregierung rechnet mit vorzeitigen Neuwahlen.

mit vorzeitigen Neuwahlen.

Berlin, 21. Februar. Der Reichsminister des Innern hat — wie mehrere Blätter wissen — die Landesregierungen durch Rundschreiben aufgefordert, die Gemeinden auf die Zusammenkunft mit der Vorbereitung der Wahlen für die Reichstagswahlen sofort zu beginnen und die Arbeiten so zu beschleunigen, daß die Wahlen am 20. März ausgetragener werden können. Die Wahlen sind, da immerhin mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß die Neuwahlen noch vor Ablauf der Legislaturperiode stattfinden.

Berlin, 20. Februar. Die Deutschnationale Partei hat heute morgen eine Fraktionsversammlung abgehalten, die bis kurz vor Beginn des Vortrags dauerte. Beschlüsse wurden in dieser Fraktionsversammlung nicht gefaßt; doch herrscht Einmütigkeit darüber, daß die gestellten Anträge und weiter noch in Vorbereitung befindliche Anträge der Partei aufrechterhalten werden, da die Partei die angebotene Auflösung des Reichstages nicht fürchtet, sondern nach wie vor dafür eintritt, daß die Neuwahlen so früh wie möglich geleitet werden. In der Deutschnationalen Partei glaubt man, daß der Termin am besten Ende März oder Anfang April sein würde, da bis zu dieser Zeit der Bericht der Sachverständigen vorliegt und die weitere politische Behandlung der gesamten Fragen am besten der neuen Regierung zu überlassen wäre.

### Deutschnationaler Mißtrauensantrag gegen die jüdische Regierung.

gegen die jüdische Regierung.

Dresden, 20. Februar. Seitens der Deutschnationalen ist im Landtage der Antrag eingegangen, der Landtag solle beschließen: Die Regierung bestimme nicht das Vertrauen des Landtages. Begründet wird dieser Antrag mit der Stellungnahme der Regierung zu der beschriebenen Aufhebung des Anordnungsbeschlusses. Die Deutschnationalen beschließen in der morgigen Landtagssitzung sowohl Besprechung wie Beschlußfassung über diesen Antrag herbeizuführen, was geschäftsordnungsmäßig aber nicht möglich sein dürfte.

### Schadenersatzansprüche deutscher Reeder an Amerika.

an Amerika.

Hamburg, 21. Februar. Der Reichsbevollmächtigte der deutschen Schiffahrtsgesellschaften begründete vor dem Bundesgericht der Vereinigten Staaten die Ansprüche der Reedereien auf Entschädigung für die Beschlagnahme deutscher Passagierschiffe. Da diese als Kriegesgefangene gegen eine Beschlagnahme auf Grund der Kriegesgefahr angesehen seien. Es handelt sich beim Norddeutschen Lloyd und bei der Norddeutschen Lloyd um eine Summe von etwa 500 Millionen Dollar.

### Aufdeckung kommunizistischer Umtriebe in Baugen.

Baun, 20. Februar. Volkstümliche Hausdurchsuchungen wurden bei mehreren kommunizistischen Stadtvorständen vorgenommen. Sie förderten dort befindliches Material an den den Tag, das den Reichsminister des Innern über den Reich der Metallarbeiter Hoop, hat sich der Verbindung durch die Stadt entzogen, der andere, der Metallarbeiter Hengel, konnte festgenommen werden. Aufklärung über die kommunizistischen Umtriebe gab in der letzten Stadtvorstandssitzung der Polizeibeamter Stadtrat Dr. Höpfer. Er kennzeichnete die Maßnahmen der Reichsminister des Innern als notwendig und war insbesondere in der Lage, Einzelheiten über die kommunistischen Pläne mitzuteilen, die am 13. Februar in Baugen durchgeführt werden sollten. Danach war beabsichtigt, durch einen großen Demonstrationsszug das Eingreifen der Polizei herauszufordern. Dem Zug sollte eine Schaffensabteilung von 40 Mann

voranziehen, die den Kampf aufnehmen sollte, auch sollten mit ungünstigem Ausfall gefüllte Flaschen mitgeführt werden, die im gegebenen Augenblick mit Wasser gefüllt und in die Reihen der Demonstranten geschleudert werden sollten. Wenn die Demonstration in Baugen dennoch im beschränkten Rahmen blieb, und die Demonstranten mit Gummistöpseln auseinandergetrieben werden könnten, so lag das daran, daß die Polizei von den führenden Plänen einen rechtzeitigen Kenntnis

### Die Lage im englischen Hafenarbeiterstreik.

**London, 20. Februar.** Der Sonderausschuß der Gewerkschaftszentrale, der bereits dem letzten Eisenbahnstreik mit Erfolg vermittelt eingegriffen hat, trat gestern zusammen und beschloß, ähnliche Vermittlungsversuche im gegenwärtigen Hafenarbeiterstreik vorzunehmen. Der Unter Ausschluß des Kabinetts, die sich mit der Frage der Lebensmittellieferung befaßt, begann ebenfalls ihre Arbeiten. Die großen Schiffahrtsporzellanfabriken haben die Arbeitgeber wissen lassen, daß sie bereit sind, den Hafenarbeitern die mehrgeforderten zwei Schiffsabladungen zu zahlen, wenn ihre in den Häfen lagernden Schiffsladungen gelöscht werden.

### Bundeskanzler Seipel und der Sanbeamtenstreik.

**Wien, 20. Februar.** Bundeskanzler Seipel hat für heute eine gemeinsame Besprechung der streikenden Sanbeamten mit der Sanbeamtenzentrale angesetzt. Man hofft, daß es in dieser gemeinsamen Besprechung gelingen wird, einen Weg zu finden, der zu einer Beilegung des Streiks führen kann.

nie erhalten hatte, und durch Waffenbeschlagnahmungen, Verhaftungen usw. die Pläne durchkreuzen konnte.

Den Kommunisten waren diese Entfaltungen, die sich allenthalben auf authentisches Material stützten, sehr unangenehm. Sie hatten ihre Neutralität geltend gemacht und wollten zu verstehen, wobei ihnen die allseitig blühende Tribune ihre Unterstützung ließ. Das veranlaßte Stadtrat Dr. Höpfer dann noch, näheres über die Verhaftung des kommunistischen Stadtvorstandes Benzl mitzuteilen.

Wie man angehörits beratiger Umtriebe der Kommunisten der Zeitungsdruck genommen werden kann, den Versuch gemacht zu werden, die Neutralität geltend zu machen, ist nicht recht ersichtlich. Nur die gleichzeitigen Demonstrationen am 13. Februar in ganz Sachsen, jedoch auch die systematisch inszenierten Vorfälle in den Gemeindeparlamenten sprechen dafür, daß die Kommunisten die Spielrolle nicht verloren gegeben haben, und nach wie vor planmäßig ihre Aktionen vorbereiten.

### Preußischer Landtag.

Berlin, 20. Februar. Der Preussische Landtag erledigte in seiner gestrigen Sitzung zunächst eine ganze Reihe kleinerer Vorlagen ohne Debatte. Angenommen wurde u. a. der Gesetzentwurf, wonach die Anordnungskommission für Verordnungen und Kassen mit dem 1. April 1924 aufgelöst werden soll.

In einem gleichfalls angenommenen Aufschubantrag wird das Staatsministerium ersucht, die Militärsteuer in Schule und Volk tauftraglich zu fördern und auf das Reich dahin einzuwirken, daß Kontingente von der Umsatzsteuer befreit werden. Nach kurzer Ausdebatte wurde ein Petitionsantrag angenommen, der die Aufhebung der Anordnungsverordnung vom 13. April 1923 über die Begnadigung zweier Einwohner des Kreises Neudamm befristet, die im Sommer 1920 wegen Brandstiftung vom Schwurgericht zu 12 und 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden sind.

Ein Regierungsbekanntmachung erklärte dazu, das Ministerium werde nicht daran denken, die Anordnungsverordnung zu lösen, aber der jetzige Zeitpunkt sei für einen Gnadenbeweis noch verfrüht.

Von den Weg, Dr. Hofe (D. Bp.), Mejer-Wilkau (D. Bann) wurde die Jurisdiktion der Eingabe beantragt, während die Wdg. Frau Wolfstein (Komm.) und Wilmanns-Barthel (Soz.) die Begnadigung mit der Begründung verlangten, daß es sich um ein Schicksal des Schwurgerichts handle.

Der Antrag der Deutschen Volkspartei auf Jurisdiktion der Eingabe wurde angenommen. Um 6 Uhr vertagte sich das Haus auf Mittwoch, 12 Uhr. Auf der Tagesordnung steht neben kleinen Vorlagen die Beamtenabwärtung.

### Deutscher Reichstag.

Berlin, 20. Februar. Am Regierungsbekanntmachung: Außenminister Dr. Stresemann, Innenminister Dr. Jarres, Justizminister Gumbiner.

Reichstag 10 Uhr eröffnet am 3.20 Uhr die Sitzung und stellt fest, daß der Reichstag nunmehr, nachdem das Ermächtigungsgesetz am 15. Februar abgelaufen ist seine Arbeiten in vollem verfassungsmäßigen Umfang wieder aufnehmen kann. Vor Eintritt in die Tagesordnung fordert Wdg. Wark (Komm.) sofort Beschluß von der Regierung, die sich durch ihre Verweigerung der höchsten Gesetzesvorlage habe aufgeben lassen. Er verlangt sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes und Beilegung der Verordnungen. Dieser Antrag mußte sofort auf die Tagesordnung gesetzt werden. — Die Anträge Wark können aber nicht auf der Tagesordnung gesetzt werden, da Widerspruch erhoben wird.

Auf der Tagesordnung steht zunächst ein Vertrag mit Österreich über Rechtschutz und Rechtshilfe. Außenminister Dr. Stresemann bringt die Vorlage ein. Er weist darauf hin, daß eine Regelung der Rechtsbeziehungen beider Staaten von verschiedenen Seiten seit vielen Jahren verlangt worden ist. Was zunächst die gegenseitige Anerkennung gerichtlicher Entscheidungen angeht, so solle namentlich über die Frage der Vollstreckung künftig nur in einem einfachen Verfahren entschieden werden. Im gleichen Sinne ist das Verwaltungsverfahren geregelt. Hinsichtlich der Einzelheiten verweist der Minister auf die Verträge selbst und die beigefügte Denkschrift. Er fährt dann fort: Ich will aber nicht die Gelegenheit vorbeigehen lassen, ohne dem hunderttausend deutschen österreichischen Volk aufrichtigen Dank zu sagen für die warmherzige Teilnahme und tatkräftige Unterstützung, die uns in unserer schweren Vorstände des Reiches entgegengebracht worden sind. (Beifall.) Hoffen, daß die freundschaftlichen Beziehungen aufrecht erhalten bleiben, die ja ihren Ausdruck finden in diesen Verträgen, und die, wie ich hoffe, sich auswirken werden auch in den demnächst beginnenden Verhandlungen über den deutsch-österreichischen Handelsvertrag, die Erträge auf dem Wege einer immer besseren Verbindung zwischen unseren beiden Völkern. (Erneuter Beifall.)

Dr. Mejer (D. Bp.) schließt sich namens seiner Reaktion den Worten des Ministers durchaus an. Der Gesetzentwurf wird gleich in drei Lesungen einstimmig angenommen, ebenso der Gesetzentwurf über Danziger und memeländische Rechtsangelegenheiten. Der Gesetzentwurf über die Anwendung der beschriebenen Bestimmungen, wonach auch für die Kreisverwaltungen der Reichsstaatsverwaltung die Genehmigung der Länder einzulegen ist, wird dem Reichsausschuß überwiesen.

### Die Palastinterpellationen.

Auf der Tagesordnung stehen dann die Interpellationen über die Separatistenbewegung in der Pfalz und der deutsch-nationale Antrag betreffend die Aburteilung der des Hochverrats im bezüglichen belagerten Personen.

Abg. Hofmann (Soz.) begründet die Interpellation und macht auf die trostlosen Zustände in der Pfalz aufmerksam. Sogar die Immunität der Abgeordneten im belagerten Gebiete erklärten die Franzosen für null und nichtig.

Die Palastfrage für eine Rheinlandfrage, die Rheinlandfrage aber die Rheinfrage des Reiches.

Der Redner führt über die vielfachen Verträge der Franzosen im Laufe der Jahrhunderte, die Grenze Frankreichs bis zum Rhein auszubilden. Auch heute hielten die Franzosen die Angriffe auf deutsches Gebiet und deutsches Wirtschaftsleben für viel wichtiger als Reparationsfragen. Ohne Maß sei ein Fall Hoffmann-Kaiserstaaten nicht denkbar, und ohne diesen hätte es keine Separatistenbewegung gegeben. Vor dem Oktober 1923 habe es in der Pfalz keine Separatisten gegeben; Träger der separatistischen Bewegung seien landtrente minderwertige Elemente mit durchschüttelt je 20 Vorkränen, und das nennt man in der französischen Kammer „die Freunde Frankreichs“.

Die pfälzische Bevölkerung liege unerschütterlich auf dem Rechtsboden der Verfassung.

Reichsminister über habe die Verträge der Pfalz zu lesen. Die militärischen Formationen der Separatisten seien unklar, die militärische Verantwortung und die Verantwortlichkeit der französischen Behörden in der Pfalz hätte das Gegenteil einer einmündigen Neutralität bewiesen. General de Mes habe erklärt, er werde alle Kräfte auf die Pfalz loslassen, bis die bürgerlichen Parteien Barmut annehmen. Keil habe die französische Militärs- und Abwicklung und die Pfälzischen Separatisten unterteilt und erklärt habe: Eine separatistische Bewegung werde nicht mehr bestehen, dafür werde die deutsche Treue und Weisheit sorgen. Lieber deutsch-französisch werden als französisch werden! Wir Pfälzer haben den Wagt am Rhein. (Beif. Beifall.)

Abg. Kroll (Zem.) begründet die demokratische Interpellation. Der Redner bittet zunächst, auch die Verträge des belagerten Pfälzischen Reiches zu lesen, um den Neutralen dem separatistischen Angriff von Trier bis Speyer habe offenbar ein einheitlicher französischer Befehl gefunden. Dann gebietet der Regierung für ihre würdige Note an Vincennes, dessen Antwort man als überdeutliche Botschaft und Heuchelei ansehen kann. Diese französische Auffassung müsse die Regierung noch einmal gebührend festlegen und das belagerte Pfälzische Reich unter dem Schutz Neutralen stehen. (Außenminister Dr. Stresemann.) „Ist bereits gesprochen.“ Es müsse gewartet werden vor dem plötzlichen Abbau der Zahlung der Besatzungskosten ohne vorhergehende Verhandlungen. Wir Pfälzer rufen: Zurück das Vaterland und noch einmal das Vaterland und dann die Sozialpolitik. (Beifall.)

Abg. Schulz (Vromberg) (Dt.) begründet den Antrag seiner Fraktion. Gegen Landesvertreter müsse auf Todesstrafe erkannt werden. (Beifall rechts.)

Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr vertagt. — Schluß gegen 6 Uhr.

### Aus Stadt und Umgebung

#### geringe Steigerung der Reichsrenten.

Die Reichsrenten für die Lebenshaltungskosten betragen sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes für Montag, den 18. Februar, auf das 1,045-fache der Vorwoche. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (1,03 Billionen) beträgt also 1 v. H.

#### Auch der Großhandelspreis steigt.

Die auf den 19. Februar berechnete Großhandelsindex der Statistischen Reichsamtes ergibt gegenüber dem Stande vom 12. Februar (115,4) eine Steigerung um 1,8 v. H. auf 117,5. Von den Hauptgruppen liegen die Lebensmittel von 99,7 um 3 v. H. auf 102,7, davon Getreide und Kartoffeln von 78,8 um 2,5 v. H. auf 81,3, die Baum- und Holzstoffe bis zu 65 v. H. nahezu unverändert, ebenso die Gruppe Stoffen und Eisen mit 137,3. Die Industriepreise liegen von 103,7 um 2 v. H. auf 105,8 und die Einfuhrwaren von 174,1 um 1 v. H. auf 175,8.

#### Anfall im Ammoniakwert.

Seute früh gegen 11 Uhr plägte im Bau 12 des Ammoniakwerkes Meriburg infolge Materialfehlers eine Fluthe an einem Kompressor, wobei ein Arbeiter schwer verletzt und ein anderer leicht verletzt wurde. Der Verletzte ist nun ungefährdeter.

#### Zur den Fundus des Theatervereins spendete das Schirmgeheimnis von Müller einen Regenbogen.

Eine totale Mondfinsternis war gestern um die sechste Stunde zu beobachten. 3,57 Uhr sollte die Mondfinsternis gerade vollkommen von dem Erdhatten überdeckt sein. Leider hinderte das zeitweilige Gewölk etwas die genaue Beobachtung dieses interessanten Naturwunders.

#### Vom „Deutschen Abend“ des Stahlhelfer, Bund der Frontkämpfer, Ortsgruppe Meriburg, konnten der Volkspolizei der Stadt Meriburg 550 Mark zugewandt werden.

Zu den Zeitschriften des Kommerz- und Privatbank hat sich für die letzten Zusammenstellungen der Dollar-, Pfund- und Guldenkurse von 1919 bis jetzt Nachrichtenblätter bereitgestellt, die die Notizen für alle Vorkonten des Monats Januar enthalten. Die Nachrichten sind auf vier monatlich gedruckt, so daß jeder durch Einlegen in die Zeitung des Monats Januar wieder vervollständigt werden kann. Interessenten können die Nachrichten bei der Kommerz- und Privatbank-Amtstischgesellschaft, Filiale Meriburg, entgegennehmen.

#### Veränderung Berlin — Leipzig — Münden. Wie die Reichsbahnverwaltung Halle bekannt gibt, wird vom Mittwoch, den 20. Februar, ab der Schnellzug D 24 Berlin (ab 7.10) — Leipzig (ab 9.58) — Münden (ab 7.39) und von Donnerstag, den 21. Februar, ab der Schnellzug D 25 Münden (ab 10.0) — Leipzig (ab 8.55) — Berlin (ab 11.17) wieder eingeführt. Der Verkehr trifft erstmalig am 22. Februar in Leipzig und Berlin ein.

#### Die letzten preussischen Goldmarken angetreten. Im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen werden die letzten Goldmarken des Reiches, bestehend aus 1,05 Goldmark = 1/2 Dollar und 0,42 Goldmark = 1/2 Dollar nordamerikanischer Währung lautend vom 20. Februar 1924 ab zur Einführung ausgetreten. Die Einführung erfolgt gegen Reichsbanknoten, die einstufig bei der von der Generalstaatsbank hierfür besonders eingerichteten Umtauschstelle (Postdirektion des Preussischen Finanzministeriums, Berlin, Kranienstr. 106/9) und sämtlichen staatlichen Kreisstellen und den Regierungshauptstellen.

#### Zahl der Reichsbanknoten zu 10 Billionen Mark der ersten Ausgabe vom 1. 11. 23 sind im Umlauf. Vor Aufnahme wird gemeldet mit dem Hinweis, daß das Reichsbanknoten der ersten Ausgabe vorübergehend in Ausgabe erdenber auf der rechten beiläufigen Seite ein natürliches Wasserzeichen — Dieselbatterien in ornamentaler Bearbeitung — sowie ein Papierstück eingewebte orangefarbene Fingerringe



# Union-Theater



wild-romantische Akte **Das jungfräuliche Paradies** wild-romantische Akte

Wildromantische Abenteuer eines modernen weiblichen Robinsons

auf den Südsee-Inseln.

## Der Ausbruch des feuerpeinenden Vulkans!

Flammengarden loben den Himmel — Lavamassen ergießen sich glühend ins Meer — Inseln sinken in die Fluten. In voller Deutlichkeit zeigt der Großfilm

### das granovolle Vernichtungswerk entseelter Naturkräfte.

Nur ein menschliches Wesen, Grazia, das Töchterchen des Missionars, und ihre Pflegerin entrichten der Katastrophe. Bald völlig vereint, wäscht sie, kaum notdürftig bekleidet, als Naturkind auf. Staunen erregt ihr furchtloser, kameradschaftlicher Verkehr mit den

### wilden Urwaldbestien.

Da vollzieht sich ein graffer Wechsel in ihrem Leben. Man führt die Erbin eines Kriegerstammes und entdeckt sie im

### Paradies der Bildnis.

Als reiche Erbin muß sie in das Gesellschaftsleben — für sie ein Gefängnis. Ungeflüm beugt sich ihr unerzogenes Wesen gegen den unnatürlichen Zwang auf. Entschlossen schlägt sie den Erbschaftsträger, der sie zur Heirat zwingen will, aus dem Felde. Voll Haß und Erbitterung über die Niedertracht der zivilisierten Menschen, setzt sie den imposanten Prachibau, den sie erbt, in Flammen.

### Im Flammenmeer

stürzt das Prachtgebäude zusammen und begräbt unter sich den Schurken, der sie betrügen wollte.

Ein einfacher Dürch, der ihre Nacktheit kleidete, ihre Unerschrockenheit schätzte, und als erster in ihr den Intimkontakt des Weibes weckte, begleitet sie zurück zu der stillen Südsee-Insel, in das reine, unendliche

## jungfräuliche Paradies.

Im Beiprogramm: Eine neuartige Sensations-Groteske der Fox-Film Corporation, New York.

Anfang: Täglich 5<sup>1/2</sup> und 8 Uhr. Sonntags 4 Uhr.

# VEREINIGTE THEATER

## Aus den Tagen Buffalo Bills.

Amerikanischer Großfilm in 6 Episoden. 36 Akte.

**1. Episode: In Feindeshand!** Der Film zeigt in bisher unerreichten lebenswahren Bildern die Erlebnisse des zur historischen Verämblichkeit gelangten Kapitän W. J. Cody, der unter dem Namen **Buffalo Bill** die ganze Welt jahrelang in atemloser Spannung hielt.

**Seelen im Sturm!** Großes Lebensbild in 6 Akten mit der entzückenden und preisgekrönten Frauenschönheit **Esther Carena** in den **Kammer-Lichtspielen.**

## Der geheimnisvolle Dolch! Unter dem Meer!

Der letzte und spannendste Teil des amerik. Sensationsfilms mit dem beliebten **Eddi Polo**. **Eine gefährliche Fahrt.** 5 hochinteressante Akte von toller Spannung und Motorbauwerk mit **Ludwig Trautmann** und **Mabel May-Young** im **Modernen Theater.**

In beiden Theatern: Anfang 5 und 7<sup>1/2</sup> Uhr. — Sonntags 3 Uhr.

## Konfjemanden-Anzüge

blau Tuch und Kammgarn-Cheviot ein- und zweireihig, vorzügliche Paßform. Preislage **25,- bis 56,-**

## Prüfungs-Anzüge

in hellen u. dunkelfarbigten soliden Qualitäten, reichhaltigster Auswahl. Preislage **25,- bis 50,-**

**Oskar Zimmermann, Merseburg, Gotthardstr. 25.**

### Erstaunt

ist Jedermann über die jetzt billigen Preise von

### -Wäschegefaben-

in nur dauerhaftesten guten Qualitäten wie seit über 40 Jahren bekannt.

### Wäschewaren in all.

Dolgeren jezt von 9,50 Mt. an

### Badewannen in allen

Größen jezt von 7,00 Mt. an

### Erhöhter mit Dedel

jezt von 8,00 Mt. an

### Wäsche in prima

Qualitäten. Meier jezt nur 15 Wfa.

Wäsche in allen Größen jezt 20% billiger als bisher.

Wetterwagen 2,2 bis 3 Hfr. Ersatzkraft bedeutend herabgesetzt

Kindereisen-Schnallen Holzschuhe mit Fülljutterpa. Qual., jezt nur 8,- d. Paar

und jezt vielerlei andere Artikel billig. Jezt ist verpflichtet, sich zu überzeugen, da sich oft beim Einkauf erpaßt

im **Spezialgeschäft** fertiger Wäschewaren

Halle a. S. 22 Schulerhof 22

Gebäude a. Marktplatz neben Hotel Börse.

## Durchschlagblätter

für die Schreibmaschine jedes Quantum, liefert das

### Merseburger Tageblatt.

Merseburger Tageblatt.

## Pianos

tauft zum besten Preis

E. Hahn, Magdeburg Breitenweg 119. Tel. 9440

## Commerzproffen!

Ein einfaches, wunderbares Mittel wie kein anderes

zu heilen mit. Fran W. Boloni, Hannover-B. Denfr. 3021

zweierte Ehepaar lücht

modl. Zimmer.

Verwöhnte wird mitgebracht. Ang. um 800/24 an Filiale Gotthardstr.

## W

findet allerer besser. Vere. auf schnellstem Wege in gut. Dantfe

freundlich-mitget. Zimmer geosen zert-gemäße Bezahlung.

Angab. werden unter **Wohnungslos** an d. Exp. d. V. erbet.

## Louis Nürnberger, Merseburg,

Vieh-Import. Fernspr. 28. Frisch eingetroffen: 40 hochtrag. u. frischmilchende

## Rühe

nur allerbeste Qualität und billigste Preise.



Praxis für Homöopathie u. Biochemie

Sprechstunden: 10-12 vorm. und 3-5 nachm.

O. Brack, Merseburg, Leunauer Str. 24.

## Feine Herren-, Damen- und Familien-Wäsche

erhalten Sie zu billigen Preisen gewaschen, geplättet und schonfröhlich geliefert von der

Wasch- und Plättanstalt M. Rettinger, Johannisstraße 15 — Bitte Hausnummer beachten.

## Empfehle:

Prima Mastfleisch von 70 Wfa. und warme Knoblauchwürst

E. Baumann, Gotthardstraße.

## Schaf-Wolle

Jede Menge gewaschene und argewaschene Schaf-Wolle, tscht geg. la Strickgarn von Händlern, Lar-d-wirten u. Schulhaltern. Bei groß. Poste Abnahme am Platze. Harry Mendelsohn, Tel. 29061, Leipzig, Schützenstr. 3 (1 Min. v. Hauptbhf.).

## Abgabe an Wiederverkäufer

in vollem Umfang wieder aufgenommen

## Henneras

Tabakerzeugnisse Burgstraße 14. Unter-Altenburg 12. Ruf 325. Ruf 712.

## ROFA



## Wir bieten gegen Teilzahlung

(ohne Preiserhöhung) die billigste Qualitäts-Schreibmaschine

in solidester Ausführung n. leichtem Gang und wanderbarer Schrift.

## Schreibmaschinenhaus

Grünwald & Co., G. m. b. H. Leipzig, Katharinenstr. 9. Tel.-Adr.: Monogrün. Tel. 21977.

## Geschäftsmann

mücht besserem Regeklub beizutreten. Off. u. N. 4195 an die Exp. d. Bl.

## Gebild. Fräulein

groß vollflank, lücht Bekücht, mit Herrn, 35-40 J. alt, vornehm. Denkungst, am blst. Geschäftsmann, zw. Heirat. Off. u. D. O. 12 an die Exp. d. Bl.

## Suche mich

mit 1000 Goldmk an gewinnbring. Unternehm. tät. zu beteilig. Off. u. N. N. 14 an die Exp. d. Bl.

## 3000 Goldmark

1. Hyp. a. schuldenfreies Geschäftsgeld in best. Lage gesucht. Off. u. T. G. 22 an die Exp. d. Bl.

## Dame, 26 J., hübl.,

schl. geschäftstücht. u. wirtschaftl. betier, m. Ausst., oh. Verm., mücht Veriem, m. tücht. Kaufm. (Betätig. in groß. Unternehm. gebof) od. hübl. Beam. austr. Chor. u. ebl. Gef. zw. sp. Heir. Etr. Distr. Off. u. S. S. 20 an d. Exp. d. Bl.

## Weddy-Pönicke & Steckner A.-G. Merseburg

Kleine Ritterstraße

Mit Rücksicht auf das überaus große Interesse, welches unserem

## Aussteuer-Angebot

entgegengebracht wird, haben wir die Vorräte nochmals ergänzt und empfehlen als

besonders preiswert

primo Stangenleinen, Bettbezüge ohne Kissen, pa. Damast-Bezüge mit Kissen, eigener Ausrüstung.

Ferner: Pa. Kettgarn-Halblineen für Betttücher. — Handtücher, Tischtücher; Damen-Wäsche.

Sieger und Besiegte im Kampfe um die Arbeitszeit.

Die Genugtuung, welche alle ernten Wirtschaftsexperten wegen der mit Erfolg eingeleiteten großzügigen Produktionssteigerung empfinden dürfen, wird durch die Tatsache getrübt, daß in weiten Kreisen der Arbeitnehmerschaft Enttäuschung und Erbitterung wegen der „Durchlöcherung des Achtstundentages“ besteht. Immer wieder hört man aus Arbeitnereisen die Versicherung, sie hätten sich nicht der Leberzeitungsfrage der vorgeblichen Argumente, sondern dem Nachspruch der härteren Partei beugen müssen. Sobald sich die Machtverhältnisse verschoben hätten, werde sich die Arbeitnehmerschaft von den ihr auferlegten Fesseln befreien und dafür Sorge tragen, daß der Achtstundentag als unerschütterlicher Grundlag in der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung Deutschlands bestehen bleibe. Man lege große Hoffnungen auf einen internationalen Kongreß, der auf Betreiben des neuen britischen Arbeitsminister Tom Shaw wahrscheinlich schon nach wenigen Monaten aufsteigen kommen und die bekannten Beschlüsse des Washingtoner Kongresses bestätigen werde. Der Übergang, der in einer Reihe von Wirtschaftszeiten vom Acht zum Neun- und Zehnstundentag erfolgt ist, wird also von einem großen Teil des deutschen Volkes immer noch viel zu sehr machtlos und viel zu wenig wirtschaftspolitisch beurteilt.

Formell ist bei dieser Beurteilung der Dinge richtig, daß der Widerstand (besonders in den Kreisen der Gewerkschafts-Vertragsparteien) gegen die Verlängerung der Arbeitszeit durch die Entwidlung der Konjunktur gebrochen worden ist. Die durch den ersten Akt der Währungsreform heraufbeschworene Produktions- und Absatzkrise hat das Herz der Erwerbslosen in Deutschland auf nahezu 4 Millionen anschwellen lassen. Da von der Unternehmerrchaft die Weiterführung der Verträge im bisherigen Umfang vielfach davon abhängig gemacht wurde, daß sich die Arbeitnehmerschaft zu einer Verlängerung der Arbeitszeit bereit fänden, stülten sich die Arbeitnehmer gezwungen, die Wünsche der Unternehmer zu erfüllen. Soweit auf die Frage rationaler Produktion seitens der Arbeitnehmervertreter überhaupt eingegangen wurde, blieb es bei allgemeinen Wendungen über die notwendige Apparate und der Organisationsformen. Von Hunderttausenden wird die trübselige Behauptung nachgesprochen, daß die deutsche Wirtschaft in ihrer Gesamtheit während der letzten Jahre technisch und ökonomisch rückständig geworden sei. Ausländische Besucher und auch deutsche Studien-Ausschüsse, welche während der letzten Zeit Einblick in den Stand der wirtschaftlichen Technik anderer Länder genommen haben, sind der Überzeugung, daß die deutsche Wirtschaft in ihrer Gesamtheit durchaus „nicht besonders rückständig“ sei. Natürlich muß gefordert werden, daß die Ausbeutung der Arbeitszeit der Unternehmerrchaft nicht den Anstoß nimmt, technisch und organisatorisch alle Anstrengungen zur Hebung der Produktivität unserer Wirtschaft zurück zu machen.

Es erscheint ziemlich problematisch, was auf einem internationalen Arbeitszeitkongreß für die Verächter des Achtstundentages in Deutschland gewonnen werden kann. Solange ein solcher Kongreß nicht in der Lage ist, die allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen der hauptsächlichsten Wirtschaftskräfte gleichmäßig zu gestalten, solange kann keine Entscheidung für uns nicht maßgebend sein. Wir haben durch die Erträge unserer Wirtschaft ja nicht nur den Bedarf des eigenen Volkes, sondern auf dem Umwege über die Reparationsverpflichtungen) auch einen

erheblichen Teil des Lebensunterhaltes anderer Völker zu decken. Die Reparationsverpflichtungen von uns genommen sind, können wir uns denjenigen Grundbedürfnissen unterwerfen, die auf einem internationalen Kongreß für das Arbeitsmaß in allen Wirtschaftszweigen aufgestellt werden sollten. Es ist bedauerlich, daß sich im Kampfe um die Steigerung der Produktion die deutschen Arbeitnehmer in ihrer Mehrheit in „Besiegte“ fühlen. „Sieger“ sind auch nicht die Unternehmer, sondern die Vernunft und der nationale Selbstbehauptungswille unseres Volkes.

Die Auffassung der Reichsregierung über die parlamentarische Lage.

Berlin, 20. Februar. In der parlamentarischen Lage verläutert von gutunterrichteter Seite folgendes:

Die Reichsregierung hat von dem ihr durch das Ermächtigungsgesetz erteilten Auftrag, durch unter ihrer eigenen Verantwortung erteilte Verordnungen die Ruhe der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung zu gewährleisten, im Laufe der letzten Monate in zahlreichen Verordnungen weitgehenden Gebrauch gemacht. Die Verordnungen sind schon bisher von der Presse teils zustimmend, teils mit scharfer Kritik gewürdigt worden und es entsteht nunmehr beim Wiederauftritt des Reichstages ohne weiteres die Frage, in welcher Form die gesetzgebungsorganische Verbindung der erlassenen Verordnungen im Reichstage vor sich gehen soll. Die Reichsregierung hat bei den gefragten Verordnungen mit den Reichsführern zum Ausdruck gebracht, daß sie nicht beabsichtigt, in einer formellen Regierungserklärung die von ihr ergriffenen Maßnahmen unter einheitlichen Gesichtspunkten darzustellen, sondern sie werde sich darauf beschränken, auf die aus dem Hause eingehenden Anträge wegen etwaiger Änderungen oder Aufhebung einzelner der erlassenen Verordnungen — sei es vor Beginn — sei es nach Beginn der Erörterungen — zu diesen Anträgen Stellung zu nehmen. Nach der Auffassung der Regierung ist nicht zu verkennen, daß zunächst einmal die Kritik an den erlassenen Verordnungen notwendig ist. Um das Ziel der ruhigen wirtschaftlichen Entwicklung unter allen Umständen zu gewährleisten, war es sehr häufig notwendig, die Verordnungen überaus rasch zu erlassen und sie sind deshalb zum Teil, insbesondere nach der formal-juristischen Seite, nicht tadellos. Das Ziel des gesamten Verordnungs-aufbaus war:

- 1. eine unbedingte Ruhe in der Entwicklung unserer toben gefahrenen wirtschaftlichen Währung;
2. die Erhaltung eines Ausmaßes im Reichshaushalt/fein unter Erhaltung der wichtigsten Interessen;
3. die sachliche Vorbereitung der in Berlin stattfindenden Sachverständigenkonferenzen, wobei den Sachverständigen in den einzelnen Verordnungen der Beweis erbracht werden mußte, daß es Deutschland mit der Sanierung seiner Währung und seiner Finanzen bitterer Ernst sei. Mit der Anerkennung der Verordnungsbedürftigkeit einzelner Verordnungen ist ohne Weiteres nicht verbunden, daß die Regierung sich nicht über die Möglichkeit, daß die Verordnungen von den politischen Parteien bestritten werden. Die Regierung wendet sich aber mit aller Energie gegen Schritte, die neue Unruhe in das deutsche Wirtschaftsleben oder gar in das gesamte deutsche Volk tragen könnten. Reichsminister Dr. Marx hat deshalb geteilt den Reichsführern den dringenden Wunsch der Reichsregierung zum Ausdruck gebracht, daß die Währungs- und Finanzänderungen oder eine Aufhebung bestimmter Verordnungen zu beantragen. Nach dem Wortlaut des Ermächtigungsgesetzes ist juristisch nur der Antrag auf Aufhebung möglich. Änderungen können nur im Wege von Initiativanträgen vor sich gehen. Aber auch diese sind bedenklich, weil eine sachliche Ausdrucksweise über die einzelnen Gebiete der Verordnungen, sei es im Plenum, sei es

auch in der Kommission, nur Unruhe stiften kann. Die Reichsregierung wird sich deshalb auch der Behandlung derartiger Anträge in der Kommission mit allen Mitteln widersetzen, weil sie eine Diskussion auch innerhalb der Kommission als eine Debatte zum Feindtätigen mit Rücksicht auf die kommenden Wahlen für untragbar hält. Sie weiß dabei ausdrücklich als Beispiel auf die Frage der Aufhebung hin, worüber in eine Diskussion einzutreten der 15er-Ausschuß des Reichstages abgelehnt hat. Sollte es der Reichsregierung nicht gelingen, gegenüber den ihr unvermeidlich, gefährlich und unbedenklich erscheinenden Wünschen auf Erörterung solcher Anträge mit ihrem Widerspruch durchzuführen, so würde sie sich gezwungen fühlen, welche der oben bezeichneten Gesichtspunkte überlegen müssen, welche davon sie daraus in dem höchsten Interesse des Reiches ziehen möchte. Diese scharfe Stellungnahme schließt nicht aus, daß Änderungen auf Grund vorläufiger Fühlungs-nahme in interfraktionellen Besprechungen mit der Regierung sachlich möglich sind, und dann auf Grund solcher vorläufiger Besprechungen Initiativanträge, ohne den Plenum nach hat die Reichsregierung nichts dagegen, daß nach entsprechender Sicherung der augenblicklichen Wirtschaft- und Währungsverhältnisse in einigen Monaten einzelne der Verordnungen abgeändert oder aufgehoben werden, wenn sich zeigt, daß ihre praktische Durchführung für die Entwicklung der Gesamtwirtschaft nicht zweckmäßig ist. Die Regierung wird sich jedoch nicht an Unterfraktionen, sondern an den in den Grundbedürfnissen der Bevölkerung eingeschlossen sind und solchen Verordnungen, die zwar im Gesamtergebnis der Verordnungsbaus unentbehrlich, aber in ihren Einzelheiten nicht so wesentlich sind, daß nicht eine Änderung auf Grund von Verhandlungen in einzelnen Fällen möglich wäre.

Die sächsische Regierung zur Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Auf Anfrage über die Stellung der sächsischen Regierung zur Aufhebung des Ausnahmezustandes erhalten wir folgenden amtlichen Befehl:

„In Sachsen lag eine Notwendigkeit, die Reichswehr einzusetzen, bisher nicht vor. Wenn kleinere Zwischenfälle vorgekommen sind, so hat stets die Polizei genügt, die Ruhe wieder herzustellen. Die Polizei kann aber im Bedarfsfalle ebenfalls von der Regierung eingesetzt werden, wie es bisher vom Reichsministerium geschehen ist.“

Diese dürftige Auskunft hat zwischen den Kreisen, daß die Regierung mit der Aufhebung des Ausnahmezustandes nicht übereinstimmt. Unverständlich bleibt aber, weshalb die Regierung noch einen Tag vor der Berliner Mitteilung über die angelegentlich Aufhebung des Ausnahmezustandes einen Artikel verbreiten ließ, aus dem ungenügende hervor- geht, daß sie den Ausnahmezustand auf Grund der letzten Reichsregierung als notwendig erachtet. Die Regierung hat in dieser Angelegenheit noch nicht mitgeteilt. Justizminister Banger läßt auf Anfrage ebenfalls erklären, daß er mit der Aufhebung des Ausnahmezustandes einverstanden sei.

Nach der entgegengegesetzten Stellungnahme der großen Verbände und der bürgerlichen Parteien zu dieser Frage ist damit zu rechnen, daß

Die Große Koalition der ersten sächsischen Wahlprüfungsausschüsse

wird. Hätte Herr Dold nur einen Teil der staatsmännischen Delikatesse entlassen, wie sie zum Beispiel der Kultusminister Dr. Kaffier bei der Behandlung der „Hinfemern“-Affäre bemerkt hat, dann wäre dieser Zwischenfall ausgeblieben. Für eine Politik nach den Vorschriften der Herren Arzt, Liebmann und ihrer Kreise ist in Sachsen kein Raum mehr. Die letzten Wahlen in den deutschen Bundesstaaten und auch in Sachsen hätten doch die regierungstreuen Sozialdemokraten überzeugen müssen, daß die Zeiten der un-

gen gar keinen. Sie hat ihm schon vor drei Jahren ihr Haus verboten, nachdem er zum zweiten Male gekommen war, eine Generalbesuche seiner Schulden abzulösen und Rettung aus dringender Not zu erbitten. Damals hat sie ihm eine ziemlich knapp bemessene jährliche Unterstützung ausgesetzt und ihm erklärt, daß er darüber hinaus weder zu ihren Lebzeiten noch nach ihrem Tode auch nur einen Pfennig zu erwarten habe. Es sollte offenbar eine erstrebte Waise Regel sein, und sie hält sich nicht wenig auf ihren vermeintlichen Erfolg zugute. Der Himmel mag wissen, wie sie zu dem Glauben gekommen ist, daß Trostau jetzt den Lebenswandel eines Mutterjünglings führt. Wer sie glaubt es nun einmal. Und wenn ihr nicht eines Tages die Augen geöffnet werden, ist er nach ihrem Tode ein gemachter Mann.“

„Sie möchten also nicht, daß ihm die Erbschaft entgeht?“

Die Frage war dem Rechtsanwalt nichtig unabweisbar.

„Ja? — E, ich habe kein besonderes Interesse daran. Ich kenne den Herrn Affessor ja noch gar nicht. Allerdings sehe ich nicht ein, weshalb der ichone Neiß irgendeiner reichen Stiftung oder gar einem wildfremden Erblasser zufallen sollte. Und Belau schneite ich mit einem rechtschloffen Vorgehen gegen den jungen Menschen nur ins eigene Fleisch. Wenn Sie ein Mittel finden, ihn daran zu hindern, ohne daß ich in den Verdacht gerate, meine Schmeichelei, verleiht zu haben, soll es mit angenehmen sein.“

„Ich will es versuchen. Wenn Herr von Trostau von nun an, wie ich vermute, in Ihrem Hause verbleibt, werden Sie ihm natürlich einen entsprechenden Wink geben.“

„Rein, das werde ich nicht tun“, erklärte Doktor Wadelung sehr entschieden. „Es gibt gewisse Dinge, in denen ich es mit meinen Berufspflichten sehr genau nehme. Sollte ich aus der persönlichen Bekanntschaft mit Trostau den Eindruck gewinnen, daß er der Würde wert ist, ihn vor dem Untergang zu bewahren, so bringe ich das wohl auf anderem Wege zustande, als durch die Freigabe des Testaments-geheimnisses.“

Es wurde abermals an die kleine Verbindungstür geklopft, und ein sauberes junges Dienstmädchen meldete, daß das Abendessen angerichtet sei. Doktor Wadelung erhob sich sofort.

„Sie entschuldigen mich, lieber Kaspa! Ich bin hungrig und sehr müde.“

„Aber die Unterschriften, Herr Doktor? Es liegt alles bereit.“

Der Rechtsanwalt wehrte ab.

(Fortsetzung folgt.)

Der Millionengarten.

Roman von Reinhold Detmann.

[3] (Nachdruck verboten.) „Wie? Ich kann das alles noch nicht recht verstehen.“ „So will ich es Ihnen in Gottes Namen erklären. Zwischen Ihnen und mir gibt es ja längst keine Berufsgeheimnisse mehr. Frau von Kippeler ist, wie Sie vielleicht wissen, von jeher etwas sehr — nun, sagen wir: etwas sehr originell gewesen, und heute, mit ihren fünfundsiebzig Jahren, ist sie es denn je. Sie stammt aus einer alten bauerlichen Familie, und ihr Vater war einer von den Glücklichen, denen aus ihren Aoh- und Kartoffelfeldern an der Peripherie der Stadt über Nacht Hunderttausende und Millionen wuchsen. Sie würde sich nicht wundern, wenn das Fräulein Nebenwede, ebenfalls noch mit bloßen Füßen herumgelaufen wäre, ebenfalls hat die vornehme Erziehung, die sie später erhalten haben mag, die märkische Bauernmädchen nicht mehr sonderlich umwandel können. Sie redet noch heute, wie ihr der Schabel gewachsen ist, und es geht keineswegs fürstlich in ihrem Hause zu. Ist es doch schon wunderbar genug, daß sie es fertig bringt, mitten im vornehmen und vom äppigsten Leben erfüllten Teil der Millionentadt wie auf dem Lande zu hausen.“

„Es ist offenbar Verdrüßlich. Der Park, der nach vier Seiten hin ihre kleine Villa umgibt, wäre als Bauernrain unter Brüdern seine fünf Millionen wert.“

„Mehr, Kaspa, viel mehr. Aber sie hat bis jetzt noch jedem die Tür geöffnet, der ihr mit Kaufangeboten gekommen ist. Daß sie sich zu Lebzeiten nicht mehr von ihrem Häuschen und ihrem verschwindenden Nietenpark trennt, ist gewiß. „Ich habe ohnedies mehr als genug zum Leben“, sagte sie mir, „und das Geld, das in meinem Garten steckt, ist ja nicht verloren. Jedenfalls magt es mir so viel wichtiger Besondere, als wenn ich mich mit der Unterbringung und Verpachtung von einigen weiteren Millionen zu plagen hätte.“

„Na, das ist eben Geschmacksache. Und vielleicht ist die Alte bei alledem klüger als sie zu sein scheint. Der Zinsverlust mag scheinbar enorm sein. Aber es ist nicht zu vergessen, daß der Wert des unbebauten Terrains fast mit jedem Jahre gewaltig steigt. Und der lachende Erbe mag sich des Nietenparks freuen, das ihm mit dem Millionengarten unangefastet zufällt.“

„Nun war in die ansehenden unbeweglichen Güte des Bürowerthers doch ein Ausdruck bodenräuber Spannung gekommen.“

„Und dieser lachende Erbe? Es soll doch nicht etwa der Affessor von Trostau sein?“

Doktor Wadelung nicht.

„Wenn er sich nicht ahnungslos selber verdrückt — ja, die geborene Nebenwede heiratete in jungen Jahren einen Rittergutsbesitzer von Kippeler, der sehr frühzeitig starb. Das einzige Kind, das aus der kurzen Ehe hervorgegangen war, folgte ihm bald nach. Und die Witwe hat allen späteren Heiratsanträgen, die gewiß in Fülle an sie herantraten, ein entgegengesetztes Nein entgegengelegt. Wahrscheinlich sind die Erfahrungen, die sie mit dem verewigten Kippeler gemacht hatte, nicht sehr ermutigend gewesen. Sie verkaufte das Rittergut und kehrte auf den heimattigen Boden zurück, an dem sie mit jeder Faßer ihres Herzens hängt. Sie hätte natürlich eine Rolle in der Gesellschaft spielen können: aber sie zog es vor, das Haus an der Platanenstraße, das sich ihr: plötzlich reich gewordener Vater mit großem Ungeschmack hatte bauen lassen, zu einer Einliegelin zu machen. Aus meinen jüngeren Jahren, die ich zum Teil in ihrer Nachbarschaft verlebte, erinnere ich mich noch des Schreckens, das die in der Villa verkehrenden Leute herausforderten. Es schienen durchweg die besten ihrer Rindbeiträge zu sein. Einem von diesen Augenbetrachtern, einem halbblin- den Affessor, hat sie sogar Augenbode- oder jahrgelungelung Ob- dach in ihrem Hause gemacht. Und sein Entgel, dem sie ein Allee in ihrem Garten erbauen ließ, betreibt darin heute noch die Bildbauer.“

„Sind außer dem Herrn von Trostau gar keine erbberechtigten Verwandten da?“

„Wohl kaum. Geschwister hatte die Nebenwede nicht, und sie sag, das ihrer Tante nichts mehr am Leben ist. Die Familie ihres verewigten Mannes hätte gefehlt, aber durch seinen Anspuch an das von ihr in die Ehe gebrachte Vermögen. Sie kann leghwillig darüber verfügen, wie es ihr gefällt. Wenn sie es will, geht Trostau vollständig leer aus.“

„Das Testament, das sie jetzt zu seinen Gunsten gemacht hat, kann also von keiner Seite angefochten werden?“

„So muß ich annehmen. Sie selbst kann es natürlich in jedem Augenblick umstoßen oder ändern.“

„Aber sie ist fünfundsiebzig Jahre alt. Da bleibt ihr für eine Sinnesänderung wohl nicht mehr viel Zeit.“

„Sie sieht allerdings schon recht gebrüchlich aus. Doch darin kann man sich täuschen. Die märkischen Bauern sind ein froeriger, zäher Schlag. Daß sie noch nicht die geringste Neigung verpürt, zum Vergnügen anderer Leute in die Grube zu fahren, hat sie mir mit lachendem Munde ver- sichert.“

„Und in welchem persönlichen Verhältnis steht sie zum Reffen, dem der Millionengarten zugebach ist?“

„Ich habe keine Ahnung.“

„Aber Sie haben doch die Besichtigung des Gartens mit dem Reffen gemacht.“

„Ja, das habe ich. Aber ich habe keine Ahnung, wer der Reffe ist.“

„Aber Sie haben doch die Besichtigung des Gartens mit dem Reffen gemacht.“

„Ich habe keine Ahnung.“

